

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 3 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Beiratsitzung unseres Verbandes.

Nach der Stuttgarter Generalversammlung trat der neugewählte Verbandsbeirat zum ersten Male am 10. und 11. Mai 1929 in Hamburg zusammen. In seiner Begrüßung wies der Verbandsvorsitzende, Kollege Bah, auf die Wichtigkeit dieser ersten Tagung hin, die unter anderem auch zu den stattgefundenen Lohnverhandlungen Stellung nehmen und eine Entscheidung zu dem vorliegenden Ergebnis treffen muß. Des weiteren gedachte er aller seit unserm letzten Verbandstage verstorbenen Mitglieder, besonders unseres Hauptkassierers, Kollegen Heitrich, und des früheren Bezirksleiters, Kollegen Zimmermann in Frankfurt a. M., wobei sich die Anwesenden zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Der Beirat ist vollständig vertreten. Die Tagesordnung wies folgende Punkte auf:

1. Bericht des Vorstandes über den Stand der Organisation;
2. Stellungnahme zu unsern Lohnverhandlungen;
3. Arbeitslosenversicherung und Sonderfürsorge für die Saisonarbeiter. Referent: Genosse Splietz vom Vorstand des WOB.

Da das Resultat über Annahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses der beiderseitigen Verbände sowohl dem Unparteiischen als auch den Organisationen bis abends 6 Uhr mitgeteilt sein mußte, kam der zweite Punkt der Tagesordnung zuerst zur Erledigung. Kollege Bah gab einen erschöpfenden Bericht über den Verlauf der am 16. beziehungsweise 25. und 26. April in Berlin stattgefundenen Lohnverhandlungen und über den vom Unparteiischen, Herrn Dr. Dobbertin vom Reichsarbeitsministerium, gefällten, zunächst noch unverbindlichen Schiedspruch. Die Verhandlungen gestalteten sich ungemünzt schwierig, weil sich die Arbeitgeber darauf festgelegt hatten, jegliche Lohnerhöhung unter Berufung auf die schlechte Wirtschaftslage abzulehnen. Sie erklärten sich gütigstenfalls dazu bereit, die bisherigen Löhne auf ein weiteres Jahr gelten zu lassen. Selbstverständlich war diese Stellungnahme für unsere Vertreter völlig undiskutabel. Obwohl unsere Begründungen nicht zu widerlegen waren, gelang es dem Unparteiischen doch nur langsam, die Unternehmervertreter von der Unhaltbarkeit ihres Standpunktes abzubringen. Seine Bemühungen, die Parteien auf einer mittleren Linie zu einigen, führten dann zu seinem Schiedspruch, der uns auf der ganzen Linie eine vierprozentige Lohnerhöhung vom 1. Juni an zubilligte. Der Termin für die in Kraft tretende Lohnerhöhung war gleichfalls eine heikelmomentene Frage, und mehrmals schien es, daß die Verhandlungen an diesem Punkte scheitern würden. Es wurde kein Zweifel gelassen, daß der vorgeschlagene Termin für unsere Vertreter die äußerste Konzession darstellen könnte. Nun liegt es dem Beirat ob, zu den Lohnverhandlungen und ihrem Ergebnis das letzte Wort zu sprechen. Was im Interesse unserer Kollegen durch Verhandlungen erreicht werden konnte, ist von der Kommission gefolgt, und sie hat ihre Schuldigkeit in vollem Umfange getan. Der Verbandsvorstand hat in mehrfachen Beratungen zu dem Ergebnis Stellung genommen und empfiehlt dem Beirat die Annahme des Schiedspruches.

In der nun folgenden Aussprache, an der sich fast sämtliche Mitglieder des Beirates beteiligten, fand die Stellungnahme unserer Kollegen in den Filialen eingehende Erörterung. Die Bezirksleiter gaben ein übersichtliches Bild über die Situation in den einzelnen Bezirken, wobei auch die Gründe ernstlich gewürdigt wurden, die in verschiedenen Filialen zu einer Ablehnung des Schiedspruches geführt haben. So war die Zeit ziemlich weit vorgeschritten, bis die Klärung der verantwortungsvollen Aufgabe des Beirates soweit gediehen war, daß eine Abstimmung vorgenommen werden konnte. Nachstehende Entscheidung gelangte zur Annahme.

Der Beirat nimmt den Bericht von den Lohnverhandlungen zur Kenntnis und bedauert, daß es nicht möglich war, die neue Lohnerhöhung mit Wirkung vom 1. Mai an in Kraft treten zu lassen. Er billigt das Verhalten der Verhandlungskommission und spricht ihr sein Vertrauen aus. Obwohl die Lohnerhöhung den tatsächlichen Bedürfnissen unserer Kollegen nicht Rechnung trägt, wird der Vorstand beauftragt, dem Schiedspruch zuzustimmen.

Am zweiten Tage hielt dann der Kollege Splietz vom Vorstand des WOB. ein großangelegtes Referat über „Arbeitslosenversicherung und Sonderfürsorge für die Saisonarbeiter“. Er verstand es, den Zuhörern die Entwicklung und den Aufbau dieses jüngsten Zweiges der deutschen Sozialversicherung in auszeichnender Weise darzulegen. Die Arbeitslosenversicherung ist eine alte Forderung der organisierten Arbeiterschaft, der gegenüber sich der alte Obrigkeitstaat

aber immer ablehnend verhalten hatte. Erst nach dem Kriege konnte eine Arbeitslosenfürsorge durchgeführt werden. Um diese durch eine von den Beiträgen der Versicherten und der Arbeitgeber getragene und den wechselseitigen politischen Einflüssen entzogene Arbeitslosenversicherung abzulösen, hatte die bürgerliche Mehrheit des Reichstages dem Regierungsentwurf ihre Zustimmung gegeben. Gleichzeitig wurde aber der Kreis der Versicherten wesentlich weitergezogen, als das in anderen Ländern, zum Beispiel England, der Fall ist. Die Landwirtschaft, Hausangestellte und unfähig Beschäftigten sowie die nur schwer zu kontrollierenden Heimarbeiter mußten von vornherein eine starke Belastung der Versicherung mit sich bringen. Und als dann die Arbeitslosigkeit Ende 1927 immer weiter um sich griff, wurden durch die Schwierigkeiten bei der Aufbringung der notwendigen Unterfüßungssummen die ersten Bestrebungen auf Einschränkung der Ausgaben ausgelöst. Man trug sich mit dem Gedanken einer Verlängerung der Wartezeit. So verständlich der Protest der betroffenen Arbeiterklasse war, muß man sich heute doch die Frage vorlegen, ob der damalige Widerstand nicht als ein politischer Fehler zu bezeichnen sei. Denn er zwang die Träger der Versicherung, einen andern Ausweg zu suchen, um eine Verminderung der Lasten herbeizuführen. Nach monatelangen Beratungen kam dann die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter zustande, die sich bei der ersten Krise des langen und außergewöhnlich harten Winters 1928/29 nicht weniger verhängnisvoll ausgewirkt hat. So klar die Ursachen auch zutage liegen, muß gewissen Kreisen der Arbeiterschaft doch immer wieder auseinandergesetzt werden, daß der Sonderregelung von den Gewerkschaftsvertretern nur zugestimmt wurde, um viel weitergehende Verschlechterungen abzuwehren. Außerordentlich bedenklich wurde die Lage der Arbeitslosenversicherung durch die anormalen Wetterverhältnisse des letztvergangenen Winters, die eine Steigerung der Zahl der unterfüßten Erwerbslosen auf über 2,5 Millionen brachte. Es kommt hinzu, daß augenpolitische Schwierigkeiten zu einer Verschärfung unserer ohnehin ungünstigen Wirtschaftslage führten und die Arbeitslosigkeit infolgedessen nur langsam zurückgeht, so daß Ende April noch rund 1,2 Millionen Erwerbslose zu unterfüßen waren. Wie von Anfang an vorgesehen, mußte das Reich Zuschüsse in Form von Darlehen gewähren, die angesichts der katastrophalen Lage des Arbeitsmarktes außergewöhnlich hoch waren. Obwohl der Reichsanstalt ein Teil der Unterfüßungslast dadurch abgenommen war, daß die „Sonderfürsorge“ in Fällen berufsbüßlicher Arbeitslosigkeit zu vier Fünftel vom Reich übernommen war, was eine Ausgabe von rund 90 Millionen Mark erforderte, kamen dazu noch Zuschüsse für die allgemeinen Arbeitslosigkeit, die sich bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Unterfüßung aus den laufenden Einnahmen der Arbeitslosenversicherung bestritten werden kann, auf mehr als 300 Millionen Mark beziffern dürften. Wer die bürgerliche Presse der letzten Tage verfolgt hat, der wird gefunden haben, daß für die schlechte Finanzlage des Reiches vornehmlich die Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung verantwortlich gemacht werden. Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Ausgaben, und dazu der Ausfall an Lohnsteuern, die an sich schwache Finanzkraft des Reiches stark in Anspruch genommen haben. Aber es geht entschieden zu weit, die Ursachen der heutigen Finanznot des Reiches allein durch diese Tatsachen begründen zu wollen. Denn es ist doch noch in zu frischer Erinnerung, wie die letzte bürgerliche Regierung mit dem Finanzminister Reinhold die Kassen des Reiches ausgepumpt und wenig nolleidende Teile des deutschen Volkes mit reichlichen Zumdungen und Subventionen bedacht hat. Könnten sich die Unternehmer und Besitzenden Kreise dazu aufschwingen, ihrer nationalen Einstellung das Opfer zu bringen, Steuern und Abgaben in gleicher Höhe und mit derselben Pünktlichkeit abzuführen wie unsere deutsche Arbeiterschaft, dann wäre die Finanzlage des Reiches trotz Reparationen und den verhassten Soziallasten bei weitem besser gestellt. Mit den maßlosen Angriffen gegen angebliche Arbeitsverweigerung der unterfüßten Erwerbslosen ist es nicht getan. Im übrigen stehen doch den Arbeitsämtern wirklich genügend Maßnahmen zur Verfügung, um etwa vorhandenen Widerstand gegen Annahme außerberuflicher Arbeit schnell zu beseitigen, und sie werden dabei sogar Verständnis bei der Arbeiterschaft finden, die heute volkswirtschaftlich genügend geschult ist, um in vor kommenden Fällen von Schwarzarbeit eine erhebliche Schädigung ihrer Berufs- und Lebensinteressen zu erkennen.

Es darf wohl nicht damit gerechnet werden, eine Beseitigung der Sonderfürsorge für Saisonarbeiter in absehbarer Zeit zu erreichen. Dazu sind die Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland zu unsicher. Nach statistischen Ermittlungen fielen im vergangenen Winter rund 563 000 Ver sicherungsfälle auf das Baugewerbe, darunter 45 940 auf

Maler und Anstreicher, und aus der Landwirtschaft rund 89 000 Arbeiter unter die Sonderfürsorge. Die klimatischen Verhältnisse Deutschlands sind zu ungünstig, eine dringlich erforderliche Umstellung auf neuere Arbeitsmethoden, die eine Fortführung der Bauarbeit auch in den Wintermonaten ermöglichen, zu wenig fortgeschritten, als daß nicht auch in einem weniger langen und strengen Winter erhebliche Anforderungen an die Arbeitslosenversicherung gestellt würden. So bleibt als Ausweg nur die Verständigung über eine eventuelle Erhöhung der Beiträge um 1 %, vielleicht auch die Schaffung von Gefahrenklassen, wie sie ursprünglich schon vorgesehen war, und eventuelle Einführung der Sonderfürsorge für saisonmäßige Arbeitslosigkeit von der ersten Woche an. Die günstigen Bedingungen der aufgelegten Reichsanleihe von 500 Millionen Mark zeigen, wie schwierig die Kapitalbeschaffung dem Reiche geworden ist. Mit Schlagworten gegen die prekäre Lage unserer Finanzen oder gegen die nun einmal vorhandene bürgerliche Mehrheit im Reichstage anzukämpfen, muß denen überlassen bleiben, deren Verantwortungslosigkeit auch vor den schwierigsten Problemen nicht zurückschreckt. Der Vorstand des WOB. wird in nächster Zeit gemeinsam mit den Verbandsvorständen zu der Angelegenheit Stellung nehmen, und es wird in erster Beratung ein Ausweg gefunden werden müssen, der die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft sicherstellt.

Der Wunsch des Referenten nach ergiebiger Aussprache wurde voll erfüllt. In beweglichen Worten wurde die Not der betroffenen Kollegen dargestellt, wobei die unterschiedliche Behandlung in den einzelnen Arbeitsämtern einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Angesichts der schlechten Wirtschaftslage unseres Berufes wird es fraglich sein, ob in diesem Jahre alle unsere Kollegen die vorgeschriebene zehnjährige Beitragspflicht erreichen werden. Es ist deshalb darauf zu dringen, daß unser Beruf, der weniger ausgesprochenes Saisongewerbe als vielmehr Veredelungsgewerbe ist und den deshalb alle Konjunkturschwankungen besonders hart treffen, in die Krisenfürsorge einbezogen wird. Auch die Erweiterung der Bedürftigkeitsprüfung könnte in Erwägung gezogen werden, sie wäre zumindest für die Großstädte kaum als untragbare Verschlechterung anzusehen. Im vergangenen Winter wurden nur 4,8 % der Versicherten durch Verneinung der Bedürftigkeit vom Bezuge der Unterfüßung ausgeschaltet; dabei handelte es sich in der Hauptsache um Besitzer von landwirtschaftlichen Betrieben, für die eine eigentliche Arbeitslosigkeit gar nicht festzustellen war. Als eine besondere Schädigung der Reichsanstalt wurde die Stundung der Beiträge an wenig leistungsfähige Innungskrankenkassen bezeichnet, denen schon aus rein sozialen Gründen nur in seltenen Fällen eine Erbsenberechtigung zuzusprechen ist. Fast allgemein wurde anerkannt, daß eine einprozentige Beitragserhöhung als das kleinere Übel anzusehen sei und eine Verschlechterung der Bezugsbedingungen unter allen Umständen vermieden werden müsse.

In seinem Schlusswort wies Kollege Splietz noch darauf hin, daß die Berechnungsgrundlage zur Zeit noch außerordentliche Mängel aufweise. Nicht wenige Arbeiter sind unterversichert, wodurch der Versicherungsanstalt ein nicht unbeträchtlicher Einnahmeausfall entsteht. Dem Malergewerbe könnten in den Wintermonaten zahlreiche Beiträge zugeteilt werden, wenn sich die Regierungen des Reiches und der Länder zu einem Vorgehen auf den neuen Etat und zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik auf längere Sicht entschließen könnten. Noch mehr als bisher müssen sich die beteiligten Gewerkschaften dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung für arbeitsarme Zeiten zuwenden. Wie die Verhältnisse heute liegen, können wir eine Rettung aus der Finanzmisere des Reiches nur aus einem günstigen Ausgang der gegenwärtig in Paris noch tagenden Reparationskonferenz erwarten. Aber wie der Ausgang auch sein möge, die Arbeiterschaft wird eine weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung abzulehnen wissen. — Im Anschluß an seine Dankesworte für die ausführlichen Darlegungen des Referenten sprach Kollege Bah noch den Wunsch aus, daß die Anregungen auf eine Umstellung des Etatjahres auf fruchtbareren Boden fallen mögen. Für die Forderung auf Einbeziehung unseres Gewerbes in die Krisenfürsorge wird unser Verband mit allen Mitteln eintreten, und es ist kaum anzunehmen, daß unsere Bestrebungen bei der Dringlichkeit unserer Forderung ohne Erfolg bleiben werden.

Zum zweiten Punkt erstattete Kollege Bah einen ausführlichen Bericht über die gesamte Vorstandstätigkeit nach der Stuttgarter Verbandstagung bis jetzt. Einleitend skizzierte er die allgemeine Wirtschaftslage, die außerordentlich von der ungeheuren Arbeitslosigkeit im verfloßenen Winter beeinflusst war. Nicht nur die Saisonberufe, auch die Konjunkturberufe hatten eine gewaltige

Verflechtung erfahren. Ueber die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe gab er an Hand unserer statistischen Feststellungen ein Bild, das erschütternd wirkte in seinen Ausmaßen, weil es zeigte, wie schwer so viele Kollegen unter diesen Verhältnissen zu leiden hatten und mit Erfolg irgendeinen Ausgleich zu schaffen, nicht möglich war. Was der Vorstand tun konnte war, sich für Verbesserungen in der Sonderfürsorge einzusetzen und die im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages versuchten Verschlechterungen zu verhindern. Es gelang auch in vielen Fällen Verbesserungen zu erzielen. Des weiteren schilderte er die Tätigkeit zur Schaffung von Arbeit im Reichsausschuss für Sachwerterhaltung. Große Erfolge waren in der kurzen Zeit nicht zu erwarten, aber die eingeleitete Propaganda mit dem Werbematerial und dem geschaffenen Kulturfilm „Die schützende Hand“ scheint doch jetzt die Bewegung gut vorwärts zu bringen. Beteiligt ist der Vorstand auch im Bund zur farbigen Gestaltung des Stadtbildes und beim Verein Deutscher Ingenieure, soweit technische Fragen, wie zum Beispiel das Sprühverfahren, in Betracht kommen.

Auf dem Gebiete Hygiene, der Bekämpfung der Unfallgefahren, wie es bei der Ruwo-Woche zum Ausdruck kam, war der Vorstand rege tätig und stand in engster Verbindung mit dem Leiter der Abteilung für Bauarbeiterbeschäftigung beim ADGB. Bedauerlich sei, daß die Genfer Konvention zur Bleiweißvermeidung noch immer nicht ratifiziert ist. In seinen weiteren Ausführungen gab er die wichtigen Beschlüsse im Bundesausschuss bekannt und streifte kurz die Tätigkeit in den sonstigen Arbeiterinstitutionen, in denen unser Verband vertreten ist.

Ueber die Mitgliederbewegung im Jahre 1928 und im ersten Vierteljahr 1929 gab er eine genaue Zusammenfassung, aus der mit Genugtuung hervorzuhelien ist, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit kein Verlust eintrat. Wenn wir am Schlusse des vierten Quartals 1928 56 813 Mitglieder zählten, so waren es am Schlusse des ersten Quartals 1929 56 963; darunter 8160 Lehrlinge und 240 weibliche Mitglieder. Lackierer wurden 8802 festgestellt. Kollege Bah bezeichnete es als einen Fehler, alles Heil nur von den Neuaufnahmen zu erwarten. Hauptaufgabe in allen Filialen müsse sein, die gewonnenen Mitglieder in der Organisation zu halten, darum sei auf eine gewissenhafte Bücherkontrolle besondere Aufmerksamkeit zu legen. Die säumigen Zahler seien aufzufuchen von besonderen Hilfskräften, unsere Hauskassierer können diese Organisationsarbeiten nicht alle erledigen. Das von uns eingeführte Kartensystem biete hierzu eine geeignete Grundlage. Notwendig sei auch, daß die angestellten Kollegen sich des Bstern draußen sehen lassen. Eine äußerst wichtige Aufgabe sei auch, unser Versammlungsleben zu befruchten; unsere organisatorischen und agitatorischen Aufgaben lassen sich sehr gut mit Lichtbildvorträgen verbinden. Unsere Frühjahrsagitation muß mit allen Kräften durchgeführt werden. Dazu wird auch den tätigen Kollegen die vorzüglich bearbeitete Statistik unseres Verbandes ein reiches, zuverlässiges Material bieten, wie auch die Verbandsorgane „Der Maler“, unser „Malerlehrling“ und „Der Lackierer“. Mit einem Hinweis auf die letzten Kämpfe in der Metallindustrie und auf den Werften, an denen viele Hunderte Kollegen beteiligt waren, an die jetzt neu eingeführte Invalidenunterstützung, über deren Auswirkungen erst Erfahrungen gesammelt werden müssen, auf die Innungskassengründerei — Frankfurt am Main, Essen usw. — und die dagegen eingereichte Denkschrift, auf die kommunistischen Richtlinien zur Durchführung von Lohnbewegungen, die aufs schärfste bekämpft werden müssen, schloß der Redner seinen bis ins einzelnen aufklärenden, übersichtlich gestalteten Verbandsbericht.

Den Bericht über die Finanzlage der Hauptkasse gab Kollege Ringel, der eine günstige Entwicklung feststellen konnte.

Ueber die Entwicklung unserer Jugendabteilung und über die Lehrlingsfrage im allgemeinen im deutschen Malergewerbe unterrichtete ein eingehender Bericht des Kollegen Mehtens.

Kollege Schwabe gab einen kurzen Bericht über die Beschäftigungslage in den verschiedenen Industrien. Die Wirtschaftsdpression des Vorjahres wirkt bis in die Gegenwart nach, so daß zur Zeit auch in den meisten Industriezweigen noch ein fühlbarer Arbeitsmangel herrscht.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß dem Abhinken der Konjunktur eine erfreuliche Zunahme des Mitgliederbestandes in den Sektionen gegenübersteht. Eifrige Werbearbeit der Funktionäre und die wachsende Erkenntnis unserer Berufskollegen haben dem Verbands im Vorjahr etwa 700 neue Mitglieder gewinnen lassen. Wenn der prozentuale Zuwachs der Lackierer den der Gesamtorganisation nicht ganz erreichte, so deshalb, weil bei den gemischten Betrieben die Agitation für unsere Organisation schwerer ist als im Baugewerbe, und es in manchen Filialen auch an den Kräften mangelt, die zur Belchbung der Agitation eine eigene Sektion am Orte zu bilden vermögen. Von der in diesem Frühjahr eingeleiteten Werbearbeit erhebt Schwabe auch für die Lackierer einen weiteren Fortschritt und stellt in Aussicht, daß die Agitation unter die Industriekollegen sowohl durch ein Flugblatt als auch durch eine Werbenummer des Lackierers Unterstützung finden wird.

In der Aussprache bekundeten einmütig alle Redner ihr volles Einverständnis mit der Vorstandstätigkeit und ergänzten es in einzelnen Punkten auf Grund ihrer örtlichen Erfahrungen. So wurde unter anderem erwähnt, daß bei der Grippeepidemie im Frühjahr die Malerinnungskassenskasse in Düsseldorf sich gezwungen sah, die Beiträge zu erhöhen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen.

In seinem Schlußwort konnte Kollege Bah auf die jährliche Diskussion und die erfreuliche Zustimmung des Beirats zu der vielseitigen Tätigkeit des Vorstandes hinweisen.

Entscheidung des Verbandsbeirats

Der Beirat hat die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und dessen finanziellen Ausbau unserer Organisation sowie die Maßnahmen zur Sonderfürsorge bei der Arbeitslosenüberbrückung, zum Schutze der Kol-

legenschaft vor Gesundheitschäden und Unfällen und seine Stellungnahme zur Sozialversicherung.

Gegen den Vorstoß des Unternehmertums zur Beilegung der Arbeitslosenunterstützung für die Berufe mit längerer Arbeitslosigkeit ist, wie bisher, auch weiterhin entschieden Widerstand zu leisten und jede Verschlechterung im Benehmen mit den übrigen Gewerkschaften abzulehnen. Der Beirat bekennt sich zu dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in dieser Frage und betrachtet jede hinter diesem Beschluß zurückbleibende Regelung als ein Unrecht für die von großer Arbeitslosigkeit schon hart genug betroffenen Arbeiter. Darüber hinaus fordern wir die Einbeziehung unserer Kollegen in die Krisenfürsorge.

Von den Mitgliedern ist zu fordern, daß sie die Maßnahmen des Vorstandes tatkräftig unterstützen, für den Verband werben und ihn so kräftigen, daß er alle seine Aufgaben erfüllen kann.

Der Beirat erwartet vom Verbandsvorstand, daß er auch weiter den von parteipolitischen Interesse diktierten, verbandsfremden Tendenzen die größte Aufmerksamkeit widmet und Mitgliedern, die Handlungen begehen, die unsern Verband und dessen Einrichtungen schädigen, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentritt; Mitglieder, die sich der ordnungsmäßigen Beitragsleistung entziehen, zur Nichtzahlung der Beiträge auffordern oder den geordneten Verlauf der von unserer Organisation einberufenen Veranstaltungen unmöglich machen, sind auszuschließen. — Mitglieder des Verbandes dürfen ferner nicht solchen gewerkschaftlichen Organisationen angehören oder für sie wirken, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund, dem ADGB, und damit zugleich unsern Verbände feindlich gegenüberstehen. Mitglieder, die sich auf geunerische Listen als Betriebsrat zur Wahl stellen, stellen sich von selbst außerhalb des Verbandes.

Inzwischen war die telegraphische Nachricht des Reichsbundes eingetroffen, daß seine Mitglieder den Schiedspruch abgelehnt hätten. Nach Besprechung verschiedener interner Verbandsangelegenheiten, war die Tagesordnung erledigt. Kollege Bah warf zusammenfassend noch einen kurzen Rückblick auf diese erste Tagung des neuen Beirats, die nach jeder Richtung einen guten harmonischen Verlauf genommen habe. Die Lohnbewegung finde bald ihren Abschluß, unsere ganze Kraft müsse dann auf die Stärkung des Verbandes, auf weitere Machterhaltung durch Gewinnung neuer Mitglieder gerichtet werden. Mögen alle dazu beitragen, damit bei der nächsten Tagung im Herbst wieder von einem erfreulichen Aufstiege berichtet werden könne.

Das Reichstarifamt für das Malergewerbe

trat am 13. Mai zur endgültigen Beschlußfassung über die neuen Löhne zusammen, nachdem der Reichsbund den Schiedspruch vom 27. April mit Mehrheit abgelehnt hatte. Die Verhandlungen standen wieder unter Leitung des Herrn Regierungsrats Dr. Dohberstein vom Reichsarbeitsministerium. Die Forderung der Arbeitgebervertreter, unter Führung des Herrn Kruse, ging dahin, die am 26. April ausgesprochene Lohnerhöhung von 4% in zwei Raten zu geben, was von uns mit Entschiedenheit zurückgewiesen wurde. Kollege Bah begründete in längeren Ausführungen unsern Standpunkt und verlangte die Anerkennung beziehungsweise Bestätigung des vorliegenden Schiedspruches. Nach fünfständiger Verhandlung wurde ein Spruch gefällt, nach dem der am 27. April gefällte Schiedspruch unter Wegfall der Ziffer 6 (in Nr. 18 des „Maler“ irrtümlich als Ziffer 5 bezeichnet) bestätigt wird und folgende Fassung erhält:

1. Die bis zum 30. April 1929 bestehenden Tariflöhne werden bis zum 31. Mai 1929 verlängert.
2. Die bisher geltenden Tariflöhne erhöhen sich am 1. Juni 1929 um 4%. Bei der Ausrechnung sind Pfennigbeträge unter 0,5 nicht anzurechnen. Solche von 0,5 aufwärts sind mit 1 voll zu rechnen.
3. Dieses Lohnabkommen kann frühestens mit sechswöchiger Frist zum 30. April 1930 gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, so läuft es mit gleicher Kündigungsfrist stillschweigend weiter.
4. Soweit die in der Anlage verzeichneten Löhne von dem Schiedspruch abweichen, beruhen sie auf besonderem Beschluß des Reichstarifs.
5. Hiernach betragen die Tariflöhne in den einzelnen Lohngebieten wie aus der Anlage ersichtlich.

Es gelten somit die Löhne, wie sie von unsern Bezirksleitern im Anschluß an die Verhandlungen im April mitgeteilt sind.

Damit dürfte die diesjährige Lohnbewegung für das Reichstarifgebiet ihren Abschluß gefunden haben. In Rheinland-Westfalen wurde der Lohnschiedspruch des dortigen Schlichters von beiden Teilen angenommen, während der Schleische Malerbund erst durch stärkere Maßnahmen gezwungen werden muß, dem dort gefällten Schiedspruch die Anerkennung zu geben; die Kollegen von Breslau und Waldenburg befinden sich im Streik.

Aufgabe unserer Mitglieder muß es nun sein, sich für die Durchführung der Lohnerhöhung in den einzelnen Lohngebieten und Betrieben einzusetzen und ihren Verband nach jeder Richtung hin auszubauen und zu stärken, daß er auch für die Zukunft allen Anforderungen gewachsen ist. Den uns noch fernstehenden Berufskollegen ist mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß ohne den Einfluß der Organisation es auch diesmal nicht möglich gewesen wäre, die Löhne entsprechend zu erhöhen und daß noch weit mehr erreicht werden könnte, wenn auch sie sich unsern Verbänden anschließen würden.

Sur Lohnbewegung in Rheinland-Westfalen.

Die vorige Lohnregelung beruhete auf einer Vereinbarung vom 29. April 1928. Sie sah eine sechswöchige Kündigungsfrist zum 31. März vor. Mit Rückblick auf den langen Winter und die große Arbeitslosigkeit im Februar wurde die Kündigung erst zum 30. April ausgesprochen. Die erste Aussprache mit dem Vorstand des Innungsverbandes fand am 4. April statt. Jede Lohnver-

handlung wurde von vornherein für zwecklos erklärt, da unter keinen Umständen eine Lohnzulage in Frage käme. Die eigentlichen Lohnverhandlungen wurden für den 18. April angelegt. In den Verhandlungen waren aus den beteiligten Orten etwa 70 bis 80 Meister erschienen. Von Verhandlungen im üblichen Sinne konnte vor diesem Forum keine Rede sein, nur sollte unser Bezirksleiter Beringer die Forderungen bekanntgeben und begründen. Dieses geschah auch mit aller Gründlichkeit. Die Meister wünschten dann unter sich weiterzuberaten. Nach etwa einer halben Stunde wurde den Verhandlungsleitern mitgeteilt, daß die Forderungen einstimmig abgelehnt seien. Die weiteren Verhandlungen ergaben die Bereitwilligkeit des Innungsverbandsvorstandes, mit uns gemeinsam den Schlichter anzurufen.

Die ersten Verhandlungen vor dem Schlichter fanden am 25. April statt. Der Vorstand des Innungsverbandes beharrte auf seinem ablehnenden Standpunkt. Wir wiesen in unserer Begründung auf die ungenügende Lohnregelung des Vorjahres hin; auf die ungeheure Arbeitslosigkeit im verflorenen Winter und auf die Eingruppierung unserer Kollegen in die Sonderfürsorge der Arbeitslosenversicherung. Auch die gesteigerten Lebenshaltungskosten, deren Linie nach aufwärts zeigt, bedingen eine Verbesserung der Löhne. Trotz all dieser nicht wegzustreitenden Gründe machten die Vertreter der Arbeitgeber kein Angebot. Da zwischen den Vorverhandlungen und der Fällung des Schiedspruches eine angemessene Frist liegen soll, wurden die Verhandlungen auf den 29. April verlagert.

Unter Vorsitz des Schlichters für das Rheinland, Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Joethen, Köln, wurde ein Schiedsgericht gebildet, das nach langen Verhandlungen folgenden Schiedspruch fällte:

1. Die bis zur Kündigung gültig gewesene Lohnregelung wird vom Augenblick des Ablaufes an wieder in Kraft gesetzt.
2. Mit Wirkung vom Freitag, dem 31. Mai, an und weiterhin mit Wirkung vom Freitag, dem 30. August, an erhöhen sich die Löhne wie folgt:
in Köln um 3 und 2 %;
in Düsseldorf um 3 und 2 %;
in Arefeld um 3 und 2 %;
im Industriegebiet, im Bergischen Land und im sogenannten rheinischen Gebiet um 3 und 3 %;
im östlichen Westfalen und Mers um 3 und 3 %.

Der Lohn in Lüdenscheld beträgt vom 31. Mai an 1,11 M., und vom 30. August an 1,14 M.

3. Die Einteilung der Lohngebiete bleibt, abgesehen von der aus 2. betreffs Lüdenscheld ersichtlichen Änderung, mit folgender Maßgabe bestehen:

Hohenlimburg, Letmache mit Westrich, Wetter, Heidecke, Vollmarstein, Vorhalle und Ende behalten für die Dauer der Gültigkeit dieses Tarifs den bisher dort geltenden Lohn. (Letmache 1,08 M.; 1,11 M.)

4. Diese Lohnregelung kann frühestens mit sechswöchiger Frist zum 30. April 1930 gekündigt werden; erfolgt keine Kündigung, so läuft sie je ein Vierteljahr mit gleicher Kündigungsfrist weiter.

5. Erklärungsfrist gegenseitig und gegenüber dem Schlichter Freitag, den 3. Mai 1929, 18 Uhr.

Soweit die Kollegen in der kurz bemessenen Frist zum Schiedspruch Stellung nehmen konnten, haben sie sich in ihrer Mehrheit für Annahme ausgesprochen. Auch der Innungsverband hat dem Schiedspruch zugestimmt. Dieser ist nunmehr bindendes Recht für die Parteien geworden. Um auch die Außenleiter in der Lohnregelung mit einzubeziehen, soll die Allgemeinverbindlichkeit beantragt werden.

Nach der Neuregelung betragen die Löhne:

	31. Mai 1929	31. Aug. 1929
Köln	1,33	1,35
Düsseldorf	1,30	1,32
Arefeld	1,23	1,25
Industriegebiet, Berg. Land, Rhein. Gebiet	1,20	1,23
Westf. Westfalen	1,08	1,11

Es ist nun Aufgabe der Kollegen, die neue Lohnregelung in allen Betrieben für alle Kollegen durchzuführen. Die Verhandlungen über die Neuschaffung eines Tarifvertrages, die nebenher liefen, stehen ebenfalls kurz vor dem Abschluß. Sobald sie erledigt sind, soll auch hierüber an dieser Stelle berichtet werden.

Konjunkturbericht vom Monat April.

Unser Malergewerbe befindet sich in der wenig beneidenswerten Lage, in seiner Geschäftsentwicklung einerseits von den allgemeinen Konjunkturschwankungen abhängig zu sein, dann aber auch noch erheblich von der Witterung beeinflusst zu werden. Und diese beiden Momente waren in diesem Frühjahr ganz besonders ungünstig. So mußten wir am Ende des Monats April für unsern Beruf noch fast 15% unserer Mitglieder als arbeitslos feststellen. Allerdings hatte zu dieser Zeit auch der allgemeine Arbeitsmarkt noch stark unter den Nachwirkungen des langen Winters zu leiden, und erst die letzten Wochen haben eine etwas zufriedenstellende Entlastung gebracht. Wird doch die Zahl der in der ersten Maiwoche in Arbeit gekommenen Erwerbslosen mit rund einer Million angegeben, und nach dem im Hauptbureau des Verbandes eingegangenen Meldungen dürfen wir annehmen, daß unsere Kollegen an dieser Besserung des Arbeitsmarktes in ganz erheblichem Maße beteiligt sind. Auf günstige Veränderungen der Geschäftslage weist auch das Ergebnis unserer Konjunkturumfrage am Ende des Monats April hin, an der 35 Filialen mit insgesamt 114 Betrieben und 4018 beschäftigten Personen, gegen 40 Filialen mit 127 Betrieben und 3964 Beschäftigten am Ende des Monats März, beteiligt waren. Es ergibt sich danach trotz erheblichen Rückgangs der berichtenden Betriebe eine Zunahme der Beschäftigten, die bei Umrechnung auf den einzelnen Betrieb eine Erhöhung der durchschnittlichen Belegschaftsziffer von 31,2 auf 35,2 Beschäftigte ausmacht. Aber auch sonst ergeben sich noch günstige Merk-

male. Der Beschäftigungsgrad wurde für 11,4 % der Betriebe (gegen 1,6 % im Vormonat) mit 15,5 % der Beschäftigten (gegen 3,7 %) mit sehr gut, von 39,4 % der Betriebe (gegen 18,9 %) mit 49,1 % der Beschäftigten (gegen 21,8 % mit gut, von 40,4 % der Betriebe (gegen 59,8 %) mit 31,5 % der Beschäftigten (gegen 66 %) mit befriedigend und von 8,8 % der Betriebe (gegen 19,7 %) mit 3,9 % der Beschäftigten (gegen 8,5 %) mit schlecht beurteilt. Das Resultat entspricht, wie aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen ist, ungefähr dem Stande vom Monat März des Vorjahres, so daß sich daraus ergibt, daß wir infolge des langanhaltenden Winters in der Konjunkturlage um einen vollen Monat zurückgeblieben sind.

Table with 7 columns: Am Ende des Monats, Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit (gut, befriedigend, schlecht), and Bemerkungsziffer. Rows list months from January 1928 to April 1929.

Von den 4018 Beschäftigten sind 555 Lehrlinge; es entfallen also im Durchschnitt auf jeden Betrieb 5,2 Lehrlinge, eine Zahl, die ohne Zweifel für unser Malergewerbe, das seit Jahren ganz außerordentliche Arbeitslosigkeit auch in den Sommermonaten aufzuweisen hat, viel zu hoch ist. Im Laufe des Berichtsmonats wurden in 96 Betrieben 208 Personen neu eingestellt und von 36 Betrieben 42 Beschäftigte entlassen. Kurzarbeit ist nicht mehr geleistet worden und nur von 2 Betrieben mit zusammen 101 Beschäftigten wurden Ueberstunden geleistet. Es muß als selbstverständlich betrachtet werden, daß jede irgend vermehrbare Ueberarbeit mit Rücksicht auf die immer noch erhebliche Zahl arbeitsloser Kollegen auch in Zukunft unterlassen wird.

Die Allgemehkonjunktur heute abschließend zu beurteilen, dürfte sehr schwer sein. Wir möchten nicht ganz den Klagen zustimmen, die von der Unternehmerpresse seit Wochen — vielleicht in bewußter Absicht — geführt werden. Gewiß ist auch das Institut für Konjunkturforschung der Ansicht, daß man trotz einigen günstigen Anzeichen noch nicht auf eine Besserung unserer Wirtschaftslage schließen dürfte. Andererseits sollte man aber weniger pessimistische Anschauungen doch nicht ganz übersehen. So entnehmen wir dem letzten Wirtschaftsbericht der Berliner Handelsgesellschaft, die sich gegenüber dem teilweise recht wirren Treiben gewisser Kreise stets eine bemerkenswerte Unabhängigkeit bewahrt hat, das Urteil, „daß von einer allgemeinen Wirtschaftskrise nicht gesprochen werden kann“. Und die starke Entlastung des Arbeitsmarktes in den lehrvorgangenen Wochen gibt dieser Auffassung einen Schein größter Wahrscheinlichkeit. Wenn weiter festgestellt wird, daß die Nachfrage nach Baukapital eine verhältnismäßig gute Beschäftigung für die gesamte Bauindustrie erwarten lasse, und daß für einige recht wichtige Industrien erhöhte Auftragsbestände nachzuweisen seien, so wird vielleicht verständlich, daß die Meschmacherei den Hauptzweck hatte, die Schlußfolgerungen der Pariser Reparationskonferenz im Sinne der deutschen Anschauungen zu beeinflussen. Wie weit das gelungen, werden die nächsten Tage zeigen, da von allen Seiten gerade jetzt auf einen endgültigen Abschluß gedrängt wird. Im übrigen hat die deutsche Stahl- und Eisenindustrie, die für gewöhnlich als besonders gut unterrichtet gilt, vom 1. April an eine Erhöhung der

Gesamterzeugung an Rohstahl für die deutsche Quote um 43,2 % vorgenommen. Außerdem hat die Maschinen- wie auch die Metallwaren- und Kleinereisenindustrie nach eigenen Angaben die rückläufige Beschäftigung durch den Inlandmarkt durch Bereinigung größerer Auftragsbestände auszugleichen vermocht, während die Waggonbauindustrie bei Zustandekommen des 100-Millionen-Auftrags der Deutschen Reichsbahngesellschaft eine befriedigende Beschäftigung bis zum Jahresende glaubt in Aussicht stellen zu können. Wenn diese Auslassungen auch nur zum Teil richtig sind, — und warum sollte man eine Voreingenommenheit annehmen — dann werden unsere Wirtschaftspolitik ihre heutigen trüb-sinnigen Konjunkturvorausagen wohl revidieren müssen.

Zwei Tagungen.

Anfangs Mai hatte der Reichsausschuß für Sachwert-erhaltung durch Anstich seine Gesellschafterversammlung und der Verband deutscher Lackfabrikanten in Berlin seine Verbandstagung. Beide Körperschaften sind in ihrer Art verschieden. Während der Lackfabrikantenverband eine ausgesprochene Unternehmerorganisation darstellt, handelt es sich beim Reichsausschuß um die Zusammenfassung der an einem gesteigerten Verbrauch von Farben und Lacken interessierter Kreise. Da der Verbrauch von Farbe und Lack auch mehr Arbeit für unser Gewerbe bringt, sind sowohl der Reichsbund für das deutsche Maler- und Lackierhandwerk als auch unser Verband dem Reichsausschuß für Sachwert-erhaltung angeschlossen.

Von der Tagung des Lackverbandes interessiert in diesem Zusammenhang nur die Sonderveranstaltung im Marmorhaus, da sie im Grunde genommen dem gleichen Zweck diene, wie die Bestrebungen des Reichsausschusses, aber als wirksame Unterstützung dieser angesprochen werden kann. Schon in der Begründung des Vorstehenden, Herrn Wiederholds, kam dies zum Ausdruck. In den beiden folgenden Vorträgen wurde über „Die Bedeutung und die wissenschaftlichen und technischen Leistungen der deutschen Lackindustrie“ berichtet. Fast alle Gegenstände seien mit einem Lack- oder Farbüberzug versehen. Selbst Schmuckgegenstände und sogar Lebensmittel sind davon nicht ausgenommen. 5000 Menschen sind in der Lackindustrie beschäftigt bei einem Jahresumsatz von 250 bis 300 Millionen Mark. Der Rohstoffbedarf belaufe sich auf 150 Millionen, der Export auf 25 Millionen. Letzterer habe sich seit 1913 (13 Millionen) verdoppelt. Der Lackkonsum läßt in Deutschland noch zu wünschen übrig, im Gegensatz zu Amerika, wo der Lackverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet reimal so hoch ist als bei uns. Er könnte also noch wesentlich gehoben werden. Ein Hindernis sei allerdings das Fehlen einer Kreditorganisation für die Lackindustrie; sie würde die Hebung des Umsatzes und damit den öfteren Umschlag des Betriebskapitals bedeuten. Trotzdem wären aber niedrigere Preise nicht zu erwarten, da in der Lackindustrie alle technischen Möglichkeiten ausgenutzt sind. Die Rationalisierung ist längst durchgeführt, das Optimum erreicht. Nicht niedrigere Preise, sondern Qualitätsprodukte müssen nach wie vor das Ziel bleiben. Die anwesenden Vertreter des Reichsverkehrsinstitutums usw. wurden dringend gebeten, nur Qualitätsware zu beziehen und dafür einen Preis anzulegen, mit dem auszukommen sei. Das schnelle Eindringen der Zelluloselacke wird bedauert, noch mehr aber, daß bestimmte Industrien dazu übergehen, ihre Lacke selbst herzustellen. Monopolbestrebungen sind zu bekämpfen. Zu weitgehende Normung ist ein Hemmnis für den Fortschritt. Den zweiten Teil des Themas behandelte der Leiter des Instituts für Lackforschung. Eine Reihe instruktiver Lichtbilder unterstützte das Gesagte.

Herr Dr. Uffler referierte über die Bedeutung des Anstichs für die Sachwert-erhaltung. Von 1890 bis 1923 sind nach seinen Angaben rund 40 % der gesamten Eisenproduktion durch Rost verloren gegangen. Bei Holz- und Steinbauten sind die Verluste durch Verwitterung noch viel größer. Weit mehr Aufklärung müsse betrieben werden, damit die große Gefahr überall erkannt wird, die der Volkswirtschaft durch Vernichtung von Sachwerten droht. Unsere Forderung müsse dahin gehen, daß die Mittel der Hauszinssteuer nicht nur für die Erstellung von Neubauwohnungen, sondern auch zur Erhaltung der alten Wohnungen verwendet werden.

Im Anschluß an die Referate fand die Uraufführung des im Auftrage des Reichsausschusses für Sachwert-erhaltung hergestellten Kulturfilms „Die schwebende Hand“ statt. Der Film wird — allerdings in verkürzter Form — in den nächsten Monaten im Weltprogramm vor etwa 1000 Lichtspieltheatern laufen. Das Manuskript hat der Geschäftsführer des Reichsausschusses, Herr Langhoff, geschrieben. Der Film ist so beschaffen, daß er auch nach der Kürzung beim großen Publikum die gewünschte Wirkung erzielen wird. Er wurde sowohl bei der Abnahme-vorführung am 1. Mai als auch bei der Uraufführung recht günstig aufgenommen.

Die Generalversammlung des Reichsausschusses nahm den Geschäfts- und Abschlusbericht über das verlossene Jahr entgegen. Die Bilanz wurde genehmigt und die übliche Entlastung erteilt. Obwohl die zur Verfügung stehenden Mittel bisher noch ungenügend waren, ist die Leistung des Reichsausschusses auf dem Gebiete der Propaganda nicht untätig gewesen. So brachte das Preisausschreiben eine Reihe wertvoller Artikel, die nunmehr in Zeitungen und Zeitschriften unterzubringen sind. Zu den Werbekarten und Siegelmarken mit der schwebenden Hand ist ein Plakat und ein Emalleschild gekommen, die den Interessenten zur Verfügung gestellt werden. Auf die Bahnhofsreklame muß zunächst verzichtet werden, dagegen ist das Ortsgruppen-system besser auszubauen.

Es hat den Anschein, als wenn es unter der jetzigen Geschäftsführung nun doch rascher vorwärts gehen soll. Die größte Schwierigkeit ist allerdings immer noch die der Beschaffung von Geldern. Die Opferwilligkeit der interessierten Industrie läßt da noch viel zu wünschen übrig, trotz der guten Vorbilder aus Amerika. Da aber eine Gruppe, die bisher noch abseits stand, sich mit einem größeren Beitrag beteiligen wird, ist damit zu rechnen, daß dann auch die andern Gruppen etwas tiefer in den Säckel greifen, so daß es doch bald gelingen dürfte, die erforderliche Viertelmillion zusammenzubringen.

Berufsunfälle

Hamburg. Am 1. Mai stürzten die Kollegen Kirchner und Hellberg in einem Treppenhaus beim Streichen der oberen Treppenhausdecke ab. Beide wurden schwer verletzt und mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Die Bestimmungen der Verordnung über den Schutz der Bauarbeiter waren in keiner Weise beachtet, das Arbeitsgerüst war in einer so primitiven Weise hergestellt, daß der Unfall nicht vermeidbar erscheint. Der Kollege Kirchner ist Verbandsmitglied.

Unser Kollege Köhler zog sich infolge eines Berufsunfalles eine Fußquetschung zu, die ihn für längere Zeit erwerbsunfähig machte. — Der Maler Joh. Runge stürzte in der Blumenstraße von einem Gerüst. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport in ein Krankenhaus starb.

Saugewerblines

Die segensreiche Arbeit der Demog-Gesellschaften. Wie auch im Ruhrgebiet, diesem zurückgebliebensten aller Wohngebiete, große und schöne Wohnungen für billiges Geld gebaut werden können, zeigt der Bericht, den der Gemeinnützige Bauverein Essen, eine Tochtergesellschaft der Demog, jetzt der Öffentlichkeit unterbreitet. Aus kleinsten Anfängen heraus entwickelt, konnte die Gesellschaft seit der Stabilisierung dem Wohnungsmarkt in den Jahren 1924 29, 1925 75, 1926 37, 1927 548 und 1928 377 neue Wohnungen zur Verfügung stellen, während für das laufende Jahr allein zu den 1066 erstellten Wohnungen weitere 1361 in Angriff genommen sind. Nach der Raumzahl verteilen sich die Wohnungen auf:

	2	3	4	mehr Räume
fertige	286	547	172	61 zusammen 1066
im Bau begriffen	351	707	197	106
				1361

Diese wenigen Zahlen zeigen schon, daß man bemüht war, in erster Linie Wohnungen für den kleinen Mann zu errichten. Besonders lobenswert ist das Bemühen der Ge-

Der deutsche Blätterwald.

Nach einer Aufstellung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler erscheinen gegenwärtig in Deutschland 7116 Zeitschriften gegen 6860 im Vorjahre. Daneben gibt es natürlich noch eine ganze Reihe kleinerer Blätter, die unbeachtet und ungelesen ihr Dasein fristen und über die zuverlässige Angaben nicht vorliegen. Für Gewerbe, Handwerk und Industrie erschienen 986 Zeitschriften, unter denen auch ein Teil der deutschen Gewerkschaftspresse zu finden ist. Zahlenmäßig folgen die Blätter auf theologischem Gebiet, deren es 627 gibt, und zwar 358 evangelische Theologie- und Erbauungsblätter, 208 katholische, 38 jüdische und 23 für die Anhänger anderer Bekenntnisse. Von den katholischen Blättern haben 36 keine Auflagenziffer angegeben, die 172 Organe, die diese Zahlen beifügten, haben eine Auflage von zusammen 4 620 000, eine ungeheure Zahl, wenn man bedenkt, daß darin die Auflagenhöhe der Jernungs-presse, der katholischen Gewerkschaftsorgane, der Frauen-, Familien- und Jugendblätter nicht enthalten ist.

Auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiet werden 103 Organe genannt, auf sozialistischem 447. Die Heilwissenschaft ist mit 369 Blättern vertreten, darunter die Zeitschrift für Volksaufklärung, gegen Verze-Verbrechen, Impfung und Giftprüferei, Organ des Vereins der durch die Verze Geschädigten“, die „Blätter für Elektro-Ho-bopathie des Grafen Cesare Mattei, für natürliche Lebens- und Heilweise“, und eine Zeitschrift „Aus unseres Herrgotts Apotheke“, herausgegeben von Pfarrer Linne-

Es folgen 361 technische Blätter, 311 Zeitschriften für Erziehungs- und Unterrichtsweesen, 274 für Geschichtswissenschaft, Erd- und Völkerkunde, 272 für Rechts- und Staatswissenschaft und Verwaltung. Dann kommen 256 Sportblätter, 252 Unterhaltungsblätter, 248 Handelsblätter, 237

naturkundliche Zeitschriften, 236 für Staatswissenschaft und Politik und 231 Frauen-, Haus- und Modeblätter.

Die übrigen Zeitschriftengruppen sind zahlenmäßig weniger bedeutend. Zu erwähnen wären aber noch die Jugendzeitschriften, die mit 142 Titeln vertreten sind. Die Jugendzeitschriften gliedern sich in 3 Gruppen: 1. die allgemeinen Inhalts (43), 2. die evangelischer Richtung (49), 3. die katholischer Richtung (45). Diese 3 Gruppen werden am besten gekennzeichnet durch die Namen einzelner der darin genannten Blätter. Unter denen allgemeinen Inhalts finden wir „Die Märchentante“, den „Onkel Hans“, den „Papagei“ und die „Trennwilde“; bei den evangelischen Blättern nennen wir „Auf der Hut des Herrn“, „Hosianna“ und „Jesus liebt Dich“; bei den katholischen „Deinem Heiland, deinem Lehrer“, „Dem Herrn entgegen“, „Der Jesusknabe“, „Das fromme und fröhliche Kind“ und ein Blatt: „Kinderkreuzzug“ (Zeitschrift für alle Kleinen, die in den Himmel kommen wollen).

Endlich sei noch der Blätter verschiedenen Inhalts gedacht. Dort sind alle die Zeitschriften untergebracht, die sich in andere Rubriken nicht einordnen lassen. Wir erfahren da, daß es zum Beispiel ein „Deutsches Beamten-Heiratsblatt“ gibt, oder „Wilhelm Oppermanns Allgemeines Deutsches Verlobungsanzeiger“, und daß in Dresden ein Wochenblatt „Schuh und Truh“ wider die Uebergriffe in der Abstinenzbewegung erscheint.

So findet sich für jeden Geschmack und für jede Ueberzeugung etwas, unseres Erachtens sogar etwas zu viel! Der deutsche Zeitschriftenmarkt ist derartig überladen, daß selbst wesentliche Organe von dieser Flut vollständig erdrückt werden. Es wäre kein Verlust für unsere kulturelle Entwicklung, wenn die Zahl der gegenwärtig erscheinenden Zeitschriften sich gewaltig reduzieren würde; denn weniger ist in diesem Falle unbedingt mehr!

Hansotto Loggaw.

Unsere Verbandstoten 1928.

Senket die Fahnen, Brüder,
Auf diese Hügel nieder.
Ergriffen schweige der Mund;
Und nur das Ohr
Lausche dem Chor,
Der Totenkund:
„Um was wir gestorben,
Ihr habt's erworben;
Haltet es fren!
Was uns gepreßt,
Macht Euch frei!
Gönnt uns Ruh' und Ehr'.
Unser Kampf war schwer!“ —
So ihr Gesang,
Der uns durchdrang
Wie heil'ges Sollen.
Wir aber hören den stillen Befehl,
Reichen die Hände ohn' Haß und Hehl:
Brüder, die Fahnen empor
Mit dem wehenden Flor!
Tretet an!
Neu in die Kampfbahn;
Banner voran!
Unsere Toten ruhn,
Unser Werk sei Tun!
Leben erfährt uns mit schmerzdem Kampf,
Leben ist Kampf! August Steinbrügger.

Leistung, möglichst „rauchfreie Wohnungen“ herzustellen. So wurde z. B. in Duisburg-Neudorf eine Siedlung von 461 Wohnungen errichtet. Die ganze Anlage zeigt nur einen einzigen Schornstein. Von einer Zentralstelle werden die Wohnungen geheizt und mit Warmwasser versorgt. Daneben besteht eine große Zentralwaschanlage, ein Kinderhort, ein Saal für Unterhaltung usw. Bauten mit ähnlichen hygienischen Einrichtungen sind auch in andern Teilen des Ruhrgebietes von der Gesellschaft in Planung und Angriff genommen. Wie bei allen Dewog-Gesellschaften werden die Arbeiten zum größten Teil mit Arbeitergeldern ausgeführt. Die Arbeiterkraft kann stolz sein auf solche Erfolge, die ein Ziel der Gewerkschaften, die Dewog und ihre Untergesellschaften, verrichtet.

Gewerkschaftliches

Adolf Braun f. In der Nacht zum 12. Mai ist in Berlin das langjährige Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Genosse Dr. Adolf Braun, nach langer Krankheit verschieden. Mit ihm hat auch unsere Gewerkschaftsbewegung einen wahren Freund und Förderer verloren der ihr in den Entstehungs- und Entwicklungsjahren manch scharfe Waffe für den Kampf um die Besserstellung der Arbeiterklasse geliefert hat. Im Jahre 1882 in einem Städtchen der Steiermark als Sohn einer wohlhabenden Familie geboren, verlebte er seine Jugendjahre in Wien. Durch einen Zufall kam dem jungen Braun sozialistische Literatur in die Hände, deren Studium er sich schon als Gymnasiast eifrig hingab. Mit aller Begeisterung seiner Jugend widmete er sich schon damals der noch in den Anfängen stehenden Arbeiterbewegung und blieb ihr bis an sein Lebensende treu ergeben. Nach dem Abschluß seines Studiums als Nationalökonom arbeitete er an verschiedenen Parteizeitungen, trat Anfang der neunziger Jahre in die Redaktion des Vorwärts ein und opferte seine ganze Freizeit der geistigen Fortbildung der Arbeiterjugend. Wegen eines Pressevergehens wurde er Ende der neunziger Jahre von der wilhelminischen Polizei als lästiger Ausländer — er war ja Österreicher — aus Preußen ausgewiesen. Nürnberg, Wien, Dresden, München und später wieder Berlin, waren dann jahrzehntelang Stätten seines journalistischen Wirkens. Eine Unmenge politischer und gewerkschaftlicher Schriften und Bücher zeugen von der unermüdbaren Tätigkeit des im Dienste der Arbeiterklasse alt gewordenen Kämpfers. Seine wissenschaftliche Betätigung und vorbildliche Arbeitsdisziplin verband Adolf Braun mit menschlicher Hilfsbereitschaft und unwandelbarer Treue zur Sache. Sein Gedächtnis wird auch von den deutschen Gewerkschaften in Ehren gehalten werden.

Tagung der freigewerkschaftlichen Beamten.
Am 13. Mai war im Reichswirtschaftsrat zu Berlin der Bundesausschuß des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes unter Anwesenheit von Vertretern der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten und zahlreicher Vertreter der Behörden zusammengetreten. Nach einem Referat von dem bekannten Verwaltungssachmann Bürgermeister Dr. Carl Herz und dem Sachbearbeiter der Verwaltungsfragen im Bundesvorstand Dr. Völke wurde als Ergebnis der Arbeiten eines Verwaltungsausschusses eine Entschließung angenommen, in der die folgerichtige Durchführung des demokratischen Verfassungsgebens, der bisher nur in der Beschäftigung verwirklicht ist, für die Exekutive sowie eine Rationalisierung der Verwaltung gefordert wird. Außerdem wurde nach vorausgegangener Ansprache nachstehende

Sympathieumgebung für die kämpfenden Arbeiter der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen
von der freigewerkschaftlichen Beamtenschaft beschlossen:
Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes hat in einer Kundgebung am 13. Mai 1929 zur gegenwärtigen Lohnbewegung der Reichs-, Reichsbahn-, Reichspost- und Staatsarbeiter Stellungen genommen. Er drückt den um Verbesserung ihrer Existenzbedingungen kämpfenden Arbeitern seine volle Sympathie aus und wendete sich nachdrücklich dagegen, daß durch den Mangel an Entgegenkommen bei den Verwaltungen der Abschluß der Bewegung verzögert und so die Arbeiter schließlich gezwungen werden, den Konflikt mit den schärfsten gewerkschaftlichen Mitteln anzutragen. Die im ADB organisierte Beamtenschaft ist sich bewußt, daß ihr Interesse an anständlicher Bezahlung aufs engste verbunden ist mit dem berechtigten Bestreben der Arbeiterschaft, besonders der Lohnempfänger in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen, nach Erhöhung ihrer Löhne. Zwischen der Niedrighaltung der Arbeiterlöhne und der Beamtensbezahlung, besonders der unteren und mittleren Gruppen, bestehen Wechselwirkungen, die sich zum Nachteil beider Gruppen öffentlicher Arbeitnehmer auswirken. Der Bundesausschuß forderte daher die Beamtenschaft auf, in Erkenntnis dieser Zusammenhänge die Arbeiter in ihrem Lohnkampf nach Kräften zu unterstützen und in ihrem Verhalten strengste gewerkschaftliche Solidarität zu wahren.

Sozialpolitisches

Amerikanische Durchdringung der deutschen Wirtschaft.
Die Konkurrenz der amerikanischen Industrie tritt immer fühlbarer in Erscheinung. Man wählt nicht nur den Weg der direkten Warenzufuhr, sondern auch den der Ueberfremdung ausländischer Industriewerke. Nach einer authentischen Feststellung sind bereits 30 amerikanische Industriegesellschaften in Deutschland durch Zweigfabriken vertreten. Weitere 20 haben hierzulande Vertriebsorganisationen und gegen 500 deutsche Firmen sind als Agenten amerikanischer Häuser tätig. Das ist eine Entwicklung,

AUSSTELLUNG DES MALER UND LACKIERER-HANDWERKS



Die Malerwoche Hamburg-Altona 1929.

Der Gau Nordwestdeutschland des Reichsbundes des deutschen Maler- und Lackiererhandwerks veranstaltet vom 18. bis 26. Mai eine große norddeutsche Maler- und Farbenwoche, in deren Rahmen eine Reihe Veranstaltungen geselliger und belehrender Art vor sich gehen, die besonders der Öffentlichkeit die wirtschaftliche Bedeutung des Malergewerbes in überzeugender Deutlichkeit vor Augen führen sollen. Eine umfangreiche, für drei Wochen Dauer vorgesehene Ausstellung „Die Farbe“, soll in den Altonaer Ausstellungshallen diesen Bestrebungen einen wirkungsvollen Hintergrund geben. Neben der Industrieausstellung nehmen die Ausstellungen der Gewerbeschulen des Gaues Nordwestdeutschland mit kompletten Musterwohnungen und des „Bundes zur Förderung der Farbe im Stadtbild“ eine besonders hervorragende Stellung ein. Man darf sich von diesen Ausstellungen, die seit Jahrzehnten in öffentlicher Weise nicht mehr statifanden und somit weit über die Grenze Nordwestdeutschlands Beachtung verdient, einen besonderen Erfolg versprechen.

„Die Farbe.“
Ausstellung des Maler- und Lackierer-Handwerks von Hamburg-Altona vom 18. Mai bis 9. Juni 1929, die aus Anlaß der Norddeutschen Malerwoche von den Maler- und Lackierer-Innungen von Hamburg und Altona in der Städtischen Ausstellungshalle an der Flottbeker Chaussee (Eibhauffe) veranstaltet wird.

Die Ausstellung wird in folgenden Gruppen geordnet:
Gruppe I, Wohn- und Gesellschaftsräume,
Gruppe II, Kunsthandwerkliche und Entwurfsarbeiten;
Gruppe III, Industrie-Ausstellung;

wie man sie vor 15 Jahren glatt als unmöglich bezeichnet haben würde. An der Spitze derjenigen Unternehmungen, wo amerikanisches Großkapital eingedrungen ist, steht die Automobilindustrie. Ein beschämendes Zeugnis für ein Land, wo das Automobil erfunden wurde. Der Wegbereiter für eine derartige Ueberfremdung ist die Finanzfrage. Der amerikanische Unternehmer, der nach Deutschland kommt, bringt billiges Geld mit, wodurch er gegenüber seinen deutschen Kollegen gewaltig im Vorteil ist. Immerhin ist es besser, wenn die amerikanischen Unternehmer sich hier mit Zweigfabriken festsetzen, als wenn die von ihnen erzeugten Waren nach hier eingeführt würden. Dennoch ist es ein sehr wesentliches Merkmal der Entwicklung, daß das amerikanische Großkapital immer tiefer in die Wirtschaft der alten Welt eindringt. Die nächste Generation wird sich gegen den amerikanischen Imperialismus zur Wehr zu setzen haben. Denn dieser wird alle früheren Vorstellungen dieser Art übertreffen.

die gesundheitschädlichen Dünste der Farbnebel, sondern noch weit größere Gefahren mit der Spritzlackerei verbunden. Die Forderung nach genügenden Abfugevorrichtungen und äußerster Reinlichkeit, sowie jedem nur erdenklichen Arbeiterschutz, wie sie von unserm Verbandsrat eingeführt des Spritzverfahrens gefordert werden, ist also nur zu berechtigt.

Fachliteratur

Das **ABC der Fachkunde für Maler in Wort und Bild** von Maler und Fachlehrer E. Koch. 2. Auflage. 76 Abbildungen und 7 farbigen Tafeln. (Lehrmittel für gewerbliche Berufsschulen Heft 41). Kartoniert 3,80 M. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin. 1929.
Das vorliegende Buch, das in kurzer Zeit eine 2. Auflage erlebt, wird über seine eigentliche Bestimmung, als Lehrmittel im Unterricht zu dienen, für alle im Malerberuf Tätigen als wertvolles Hilfs- und Nachschlagewerk angesehen werden dürfen.

In der Wechselwirkung von Wort und Bild wird mit dem Buch etwas durchaus Neues geboten, das der Eigenart des Berufes auch in besonderer Weise Rechnung zu tragen sucht. Die in dem Buch gebotene Malerfachkunde ist so gestaltet worden, daß sie mitten in die Berufswelt hineinführt. Die bildlichen Darstellungen fesseln und erleichtern das Verständnis, lenken das Auge auf dekorative Bild- und Plakawirkung sowie auf die Schönheit der Form hin. Tafeln mit handaufgestrichenen Farbtönen werden eine wertvolle Ergänzung hierzu sein.

In dem Titel „ABC“ soll die Dreiteilung des Stoffes zum Ausdruck kommen: Teil A behandelt die optische Farbe, die Farbkörper, und erläutert die notwendigen chemischen wie physikalischen Begriffe; Teil B behandelt die Bindemittel, Lacke, Verdünnungs- und Trockenstoffe; Teil C behandelt die Gebrauchsfarbe, Arbeitsmethoden, Maltechniken, richtige und falsche Anwendung der Materialien, Pinsel, andere Werkzeuge sowie Hilfsmittel und Werkstatkunde. Die Darstellung erfolgt unter den für den praktischen Beruf leitenden Gesichtspunkten des Schmückenden und erhaltenden Zwecks der Malerarbeiten.
Das Buch kann vom Verlag: „Fachblatt der Maler“, Hamburg 36, Alsterterrasse 10, bezogen werden.

Literarisches

Vierteljahresshifte der Berliner Gewerkschaftsschule. Seit 1. Jahrgang 1929. Berechtigungsweisen. Die Vierteljahresshifte der Berliner Gewerkschaftsschule, die über den Kreis der Schüler dieser Schule hinaus bei den Fachleuten des gewerkschaftlichen und Arbeiterbildungswesens einen guten Ruf besitzen, beschäftigen sich in ihrer ersten Nummer des laufenden Jahres mit dem aktuellen Problem des Berechtigungsweises. Die Herausgeber Fritz Friede, Dr. Schloen und Gertrud Gehen beschäftigen sich mit dieser aktuellen Frage und behandeln sie vom beruflichen, pädagogischen und gewerkschaftlichen Gesichtspunkte. Weiter enthält das Heft noch zwei Aufsätze von Wilhelm Schulz und Walter Gieschke über die Auswirkungen des Berechtigungsweises für die technischen beziehungsweise Anfertigerberufe überhaupt. In der Umschau des vorliegenden Heftes werden weitere Urteile über das Berechtigungsweisen auf der Gewerkschafts- und Fachpresse zusammengestellt. Das Heft kann als wichtiger Beitrag zu der seit dem Hamburger Kongreß auch in den Gewerkschaften aufgeworfenen Frage der Bildungs- und Berechtigungsweisen bewertet werden.

Fernunterricht über Malerbuchführung, Kalkulation, Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer. Ohne Berufsfortbildung. Franz Wenzel, Rauhof b. Leipzig.